

Infobrief 09/2023

CROSSROADS | FLUCHT. MIGRATION. BEHINDERUNG.



Liebe*r Leser*innen,

mit dem Arbeitsbereich Crossroads | Flucht. Migration. Behinderung. tritt Handicap International für eine grundsätzliche Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderung und Flucht- bzw. Migrationsgeschichte ein.

Wir freuen uns, Sie mit unserem Infobrief über unsere **Arbeit an der Schnittstelle Flucht und Behinderung in Deutschland** zu informieren.

Weitere Informationen über das Projekt Crossroads | Flucht. Migration. Behinderung. finden Sie auf unserer [Webseite](#). Sollten Sie unseren Infobrief künftig nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich [hier](#) abmelden.

Inhalt

1. Rückblick: „Identifizierung von Schutz- und Unterstützungsbedarfen im Asylverfahren“- Ein Fachgespräch im Bundestag
2. Crossroads und die Evangelische Akademie zu Berlin organisieren fachpolitische Konferenz: „(Un)sichtbar. Geflüchtete Menschen mit Behinderung in Deutschland“
3. #NichtPASSgenau? Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen bei der anstehenden Neuregelung des Staatsangehörigenrechts nicht vergessen!
4. FAQs für ukrainische Geflüchtete mit Behinderung auf unserer Website
5. Staatenprüfung zur UN-Behindertenrechtskonvention: Handlungsbedarf im Hinblick auf geflüchtete Menschen mit Behinderung in Deutschland

1. Rückblick: „Identifizierung von Schutz- und Unterstützungsbedarfen im Asylverfahren“- Ein Fachgespräch im Bundestag

Schutz- und Unterstützungsbedarfe geflüchteter Menschen werden im Rahmen des Aufnahmesystems in Deutschland nicht systematisch identifiziert und in der Folge oft übersehen.

Gemeinsam mit Helge Lindh (MdB- SPD) und Filiz Polat (MdB Bündnis 90/ Die Grünen) organisierte Handicap International am 7. September ein Fachgespräch zum Thema im Bundestag. Ausgehend von den Unterstützungsbedarfen geflüchteter Menschen mit Behinderung tauschten sich Mitglieder des deutschen Bundestages, deren Mitarbeiter*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft darüber aus, wie eine flächendeckende Erkennung bestimmter Vulnerabilitäten geflüchteter Menschen gelingen kann. Spannende Impulse erhielt die Veranstaltung von Mohammed Jolo - Selbstvertreter der Gruppe NOW! Nicht ohne das Wir, der eigenen Erfahrungen seines Ankommens in Deutschland teilte. Friederike Folz (UNHCR Deutschland) gab einen Einblick zu den rechtlichen Implikationen fehlender Identifizierung von Vulnerabilitäten für das Asylverfahren.

Auf Basis eines Gesetzentwurfs von 2015 schlug Handicap International vor, die Identifizierung besonderer Schutzbedarfe zum Gegenstand deutscher Gesetzgebung zu machen. Das von uns dazu erarbeitete Positionspapier finden Sie [hier](#).

2. Crossroads und die Evangelische Akademie zu Berlin organisieren fachpolitische Konferenz: „(Un)sichtbar. Geflüchtete Menschen mit Behinderung in Deutschland“

Wann: 14.12.23, 11:00 - 17:00 Uhr

Wo Französischer Dom in Berlin

Vor dem Hintergrund laufender und anstehender Gesetzgebungsprozesse im Migrationsbereich möchten wir Selbstvertreter*innen, Fachakteure, Verwaltung und Politik zusammenbringen und gemeinsam Wege für eine Verbesserung der Lebenssituation geflüchteter Menschen mit Behinderung in Deutschland finden. Gemeinsam mit der Evangelischen Akademie zu Berlin organisieren wir unter dem Motto: „(Un)sichtbar. Geflüchtete Menschen mit Behinderung in Deutschland“ zu diesem Zweck eine kostenfreie fachpolitische Konferenz. Diese findet am 14.12.23, von 11:00- 17:00 Uhr im Französischen Dom am Gendarmenmarkt in Berlin statt. Das Programm finden Sie zeitnah [hier](#) auf unserer Webseite. Gern können Sie sich bereits jetzt für die Veranstaltung [hier](#) anmelden.

Achtung: in unserem letzten Infobrief wiesen wir noch auf den 01.12.23 als Termin der Veranstaltung hin. Dieser hat sich nun auf den 14.12.23 verschoben.

3. **#NichtPASSgenau? Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen bei der anstehenden Neuregelung des Staatsangehörigenrechts nicht vergessen!**

Aktuell arbeitet die Regierungsfraktion daran, das Staatsangehörigenrecht neu zu regeln. Dabei drohen u.a. zwei Gruppen vergessen zu werden: Menschen mit Behinderung und ihre pflegenden Angehörigen. Beide Personengruppen können in vielen Fällen keiner Vollzeitbeschäftigung nachgehen und daher ihren Lebensunterhalt nicht eigenständig vollumfänglich sichern.

Bisher eröffnet das Gesetz auch für diese Personengruppen den Weg zu einer deutschen Staatsbürgerschaft, sofern der/die Antragsteller*in die Inanspruchnahme von Transferleistungen „nicht zu vertreten hat“. Dieser Satz soll im aktuellen Gesetzgebungsverfahren gestrichen werden. Menschen mit Behinderung und pflegende Angehörige bliebe damit eine Staatsbürgerschaft versagt. Weitere Informationen dazu finden sie [hier](#) in unserer Stellungnahme zum Thema.

Unter dem Motto **#NichtPASSgenau?** setzen wir uns gemeinsam mit anderen Organisationen und Selbstvertretungsgruppen dafür ein, dass Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen bei der anstehenden Neuregelung des Staatsangehörigenrechts nicht vergessen werden! Um im Vorfeld des anstehenden Gesetzgebungsverfahrens im Bundestag öffentlich auf das Thema aufmerksam zu machen, organisieren wir am **10. November** eine **NICHT-Einbürgerungszeremonie** vor dem Bundestag. Menschen, denen mit der anstehenden Gesetzesänderung ein Ausschluss von der Möglichkeit des Erwerbs einer deutschen Staatsangehörigkeit droht berichten dort, warum sie diese anstreben und welche Gründe eine vollständige Lebensunterhaltssicherung unmöglich machen.

Weitere Informationen zur Kampagne **#NichtPASSgenau?** veröffentlichen wir in den nächsten Wochen [hier](#).

Wir freuen uns, wenn Ihre Organisation unsere Kampagne öffentlich unterstützt. Schreiben Sie dafür eine kurze E Mail an: Maria Stehle (ABC Freiburg) stehle@diakonie-freiburg.de

4. **FAQs für ukrainische Geflüchtete mit Behinderung auf unserer Website**

Täglich erhält Crossroads Fragen von Menschen mit Behinderung, die aus der Ukraine geflüchtet sind. Im Zuge dessen entstanden letztes Jahr unsere FAQs für Menschen mit Behinderung aus der Ukraine, die wir nun überarbeitet und aktualisiert haben. Sie finden diese [hier](#) auf Ukrainisch, Russisch und Deutsch. Mehrsprachige FAQs für geflüchtete Menschen mit Behinderung aus anderen Herkunftsländern finden Sie [hier](#).

5. Staatenprüfung zur UN-Behindertenrechtskonvention: Handlungsbedarf im Hinblick auf geflüchtete Menschen mit Behinderung in Deutschland

Am 29. und 30. August veröffentlichte der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Genf im Rahmen des Staatenberichtsverfahren zum zweiten Mal die Ergebnisse seiner Prüfung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland. Die Prüfung ergab, dass in Deutschland die Rechte von Menschen mit Behinderung nicht ausreichend berücksichtigt werden. Der UN-Fachausschuss nahm in seinem [Abschlussbericht zur Staatenprüfung](#) dabei auch Bezug auf die Lebenssituation geflüchteter Menschen mit Behinderung in Deutschland. Unter anderem mahnt er an, dass Deutschland den Zugang zu wesentlicher Unterstützung, einschließlich behindertenspezifischer Unterstützung, für alle Geflüchtete und Asylsuchenden mit Behinderung ohne Diskriminierung aufgrund des Herkunftslandes möglich machen und behinderungsspezifische Schutzbedarfe ankommender Geflüchteter im Rahmen systematischer Verfahren identifizieren muss. Weitere Informationen finden Sie [hier](#) auf der Seite des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

Um von aktuellen Entwicklungen, Themen, Projekten und Veranstaltungen an der Schnittstelle Flucht und Behinderung in Deutschland frühzeitig zu erfahren, folgen Sie uns auch auf [Twitter](#).

Impressum:
Handicap International e.V
Berliner Straße 44 10713 Berlin
[Newsletter abbestellen](#)